

KURZ UND PRÄGNANT

Rückholung der Horte auf gutem Weg

Entgegen allen Unkenrufen zeige sich mit der ersten Vertragsunterzeichnung zur Rückholung der Grund- und Gemeinschaftsschulhorte zum Land mit der Stadt Jena, „dass sich die Schulträger und die Beschäftigten auf die rot-rot-grüne Landesregierung verlassen können“, sagte der Bildungspolitiker der Linksfraktion Torsten Wolf. Leider scheine es der CDU auf Blockade anzukommen, denn sie versuche, in den Landtags-Ausschüssen mit juristischen Spitzfindigkeiten den Hebel umzulegen. „Es lag im Jahr 2008 in der Verantwortung der CDU-Alleinregierung, mit den Schulträgern rechtssichere Verträge auszuhandeln. Dies ist nicht passiert. In allen Verträgen fehlen die Vereinbarungen, wie am Ende der Projektlaufzeit mit den tarifpolitischen Ansprüchen der Beschäftigten zur zusätzlichen Alterssicherung umgegangen wird. Das ist ganz schlechtes Handwerk der CDU und erschwert dem Bildungsministerium heute in der Überleitung die Verhandlungen mit den Schulträgern sehr. Wenn die CDU mit einem Finger auf das Bildungsministerium zeigt und schleppende Verfahren kritisiert, zeigen vier Finger auf sie selbst zurück.“ ■

Eine zynische Asyl- und Flüchtlingspolitik

„Die Große Koalition im Bund zieht ihr ‚Konzept‘ der so genannten sicheren Herkunftsländer gnadenlos durch“, kritisierte MdL Sabine Berninger mit Bezug auf die Entscheidung, Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftstaaten zu erklären. „Das Zeichen ist verheerend. Zum einen ist es fatal für die aus diesen Staaten geflüchteten Menschen. So wird eine sorgfältige individuelle Einzelfallprüfung der Asylanträge in den meisten Fällen nicht mehr stattfinden. Zum anderen wird dies das Signal für diese und andere Länder, in denen man foltert und demokratische Grundrechte missachtet und Menschenrechte verletzt, sein: europäischen Staaten, wie der Bundesrepublik, ist das gleich, Sanktionen sind nicht zu erwarten“, so die LINKE Flüchtlingspolitikerin.

Dass erneut Kriterien des Bundesverfassungsgerichtes für die Einstufung solcher Länder verletzt werden, könne man anhand des Zynismus solcher Asyl- und Flüchtlingspolitik „fast schon als Petitesse bezeichnen“. Die Anhörung im Bundestagsinnenausschuss im April, bei der u.a. Amnesty International die prekäre menschenrechtliche Lage in den Maghrebstaaten dargestellt hatte, „war wieder einmal eine Farce“. ■

Ausbau der erneuerbaren Energien zügig fortsetzen

Steffen Harzer: Bundesregierung bremst mit EEG-Novelle Energiewende aus

Bund und Länder haben sich bei den Gesprächen am 12. Mai in Berlin noch nicht auf Eckpunkte für die geplante Reform der Ökostrom-Förderung einigen können. Wie es nach dem Treffen mit den Ministerpräsidenten hieß, würden die Gespräche am 31. Mai fortgesetzt. Dessen ungeachtet beschäftigt sich jetzt der Thüringer Landtag mit dem Thema. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen wird über die Thüringer Positionen zur EEG-Novelle beraten.

Um im Vorfeld der Bund-Länder-Verhandlungen Druck aufzumachen, hatte es bundesweit am 10. Mai einen Aktionstag gegeben. In Thüringen fand er vor dem Landtag in Erfurt statt. Aufgerufen hatten der BUND Thüringen und das Thüringer Erneuerbare Energien Netzwerk. Auch Ministerpräsident Bodo Ramelow und Umweltministerin Anja Siegesmund waren gekommen. In Thüringen sind im Bereich der erneuerbaren Energien inzwischen in mehr als 300 Unternehmen etwa 11.400 Beschäftigte tätig. „Thüringen braucht die Energiewende als Teil unseres eigenen wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses“, hatte denn auch Bodo Ramelow betont.

Und der energiepolitische Sprecher der Linksfraktion, Steffen Harzer, unterstrich die Unterstützung der LINKEN für das Anliegen „Energiewende retten! Den Ausbau der Erneuerbaren zügig fortsetzen!“.

„Die Bundesregierung bremst mit den vorgesehenen Änderungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz die Energiewende aus. Nachdem bereits mit der Novelle 2012 die Solarbranche einen schweren Schlag erlitten hat, stehen

Weichenstellungen für entschiedene Fortschritte im Bereich der erneuerbaren Energien, „damit Thüringen seinen erfolgreich begonnenen Weg der Energiewende fortsetzen kann“, betonte der Abgeordnete und verwies auf die bewährten Grundsätze „regional, dezentral, regenerativ“.

Dabei stellt er auch einen Zusammenhang mit dem vom Bund vorangetriebenen Ausbau der Elektromobilität her, der nur dann einen Sinn ergebe, wenn wirklich „grüner Strom“ getankt werde.

Mit Blick beispielsweise auf die Windkraft ist es für den Energiepolitiker der Linksfraktion unverständlich, dass sich die Bundesregierung erst bei der EU dafür einsetzt, sechs Windkraftanlagen oder sechs Megawatt installierte Leistung von der Ausschreibungspflicht zu befreien und dann aber als Höchstgrenze der Ausschreibungsfreiheit nur eine installierte Leistung von einem Megawatt bundesgesetzlich fest schreibt. Dies bedeute „das Aus für viele Bürgerenergiegenossenschaften und kommunale Projekte, der Ausbau der erneuerbaren Energien wird verlangsamt und die von der Bundesregierung auf der Pariser Klimakonferenz zugesagten Ziele werden nicht erreicht.“ ■



jetzt die Zukunft der Windkraft und die Biogaserzeugung auf dem Spiel“, warnte der LINKE Landespolitiker und wies darauf hin, dass inzwischen bereits 40 Prozent der in Thüringen erzeugten erneuerbaren Energie aus Bio-gas komme.

„Wir brauchen einen Kohleausstiegsplan und eine Verteuerung der CO2-Zertifikate“, forderte Steffen Harzer. Notwendig seien bundespolitische

Anhörung zum Gesetzentwurf zum Ausbau direkter Demokratie in Kommunen

„Die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen haben mit ihrem Gesetzentwurf zum Ausbau der direkten Demokratie in Thüringer Kommunen bei den Organisationen, Institutionen und Sachverständigen in der Landtagsanhörung des Innenausschusses am 12. Mai

direkten Demokratie, wie Prof. Theo Schiller aus Marburg – betonten, dass der Gesetzentwurf der modernste und beste ist, den es derzeit zur direkten kommunalen Demokratie in Deutschland gibt. Damit wird Thüringen im Bundesvergleich Vorreiter in Sachen

die den Dialog zwischen Bürgern und Kommunalgremien bei der direkten Demokratie stärken, wie das Ratsbegehren oder die Möglichkeit, einen Alternativvorschlag in den Bürgerentscheid einzubringen. Auch die Einführung des Beratungsrechts der Initiativen sowie der Informationspflicht der Kommunen vor dem Bürgerentscheid fanden breite Unterstützung.

Zwar hätten der Gemeinde- und Städtebund und der Landkreistag in der Anhörung Kostenfragen moniert, „aber nachdem der Thüringer Steuerzahlerbund in der Anhörung die Kostenregelungen und -aspekte als angemessen gelöst und gerechtfertigt bezeichnet hat, sehen sich die Koalitionsfraktionen auch in diesem Punkt mit ihrem Gesetzesvorhaben bestätigt“, betonte Anja Müller.

Abschließend kündigte die LINKE-Abgeordnete an, „dass die Koalitionsfraktionen die Anhörung und ihre Ergebnisse intensiv auswerten werden auch mit Blick darauf, dass von Anzuhörenden noch Vorschläge zur Weiterentwicklung der direkt-demokratischen Instrumente gemacht wurden, wie z.B. auch beim Ratsbegehren aus den Reihen der Bürgerinnen und Bürger einen Alternativvorschlag zu ermöglichen.“ ■



breite Unterstützung für die inhaltlichen und systematischen Vorschläge gefunden. Alle Anzuhörenden beauftragten im Grundsatz den Gesetzentwurf“, erklärte Anja Müller, Sprecherin für Bürgerbeteiligung der Fraktion DIE LINKE. „Mehrere Anzuhörende – vor allem mit bundesweiten Erfahrungen zur

direkten Demokratie in Kommunen“, so die Abgeordnete weiter.

Der Thüringer Bürgerbeauftragte, vor allem aber auch der Vertreter der Bürgerbeteiligungsstelle im Staatsministerium von Baden Württemberg, hatten den Gesetzentwurf für gut geheißen, auch wegen der Instrumente,